



Einer von uns
Einer für uns

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Alexander Ulrich MdB

BERLIN INFO für die Woche vom 24.-28.09.2018

Übersicht der Themen:

Staatsbesuch des türkischen Präsidenten
„Operation Olivenzweig“ der Türkei in Syrien
Genehmigungspflicht für die technische Unterstützung von Rüstungsproduktion
Stärkung des Personals in Krankenpflege und im Krankenhaus
Anträge zur Krankenversicherung
Antrag „Zwangsverrentung abschaffen und Altersarmut bekämpfen
Antrag „Rückkehrrecht in Vollzeit für alle Beschäftigten
Antrag „Selbstbedienung durch Konzerne verhindern“
Finanzkrise durch strikte Regulierung und Umverteilung verhindern!
Pressemitteilungen

Liebe Genossinnen und Genossen. Liebe Kolleginnen und Kollegen.

Die Bundesregierung schlittert von einer Krise in die nächste. Bereits der Fall Maaßen führte beinahe zum Koalitionsbruch und mit der Abwahl Kauders verweigern CDU/CSU Merkel deutlich die Gefolgschaft. Merkel hat in der CDU/ CSU Bundestagsfraktion offensichtlich keine Mehrheit mehr für zentrale Personalentscheidungen. Das war nicht nur die Abwahl ihrer „rechten Hand“, sondern auch ein Aufstand gegen die Kanzlerin. Wir dürfen gespannt sein, wie lange das Spektakel noch anhält. Spätestens ab dem Abend der Bayernwahl dürfte es wieder heftig krachen in der Koalition.

Im Schatten dieser miserablen Zustände auf der Regierungsbank wurden auch in dieser Sitzungswoche wieder zahlreiche Anträge und Themen diskutiert. Hierzu gehört unter anderem das große Theater, das die Bundesregierung für den türkischen Präsidenten hier in Berlin veranstaltet.

Staatsbesuch des türkischen Präsidenten - Der Staatsbesuch des türkischen Präsidenten, Recep Tayyip Erdoğan, vom 27.9. bis 29.9. in Deutschland mit militärischen Ehren und einem Staatsbankett ist angesichts deutscher Staatsbürger, die noch immer als politische Geiseln in der Türkei gehalten werden, und den vielen anderen türkischen politischen Gefangenen und dem Abbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Türkei unangemessen. Am Donnerstag befasste sich der Bundestag mit einem Antrag der Linken, in dem wir die Bundesregierung auffordern, den türkischen Staatspräsidenten Erdoğan nicht zu unterstützen. [Hier](#) geht es zu unserem Antrag.

„Operation Olivenzweig“ der Türkei in Syrien - Am Donnerstag haben wir einen Antrag vorgelegt, mit dem wir die Bundesregierung auffordern, die „Operation Olivenzweig“ der Türkei in Syrien als völkerrechtswidrigen Angriffskrieg zu verurteilen und

Rüstungsexporte in die Türkei zu stoppen. Obgleich alle Bundestagsfraktionen den Angriff der Türkei auf die Region Afrin im Norden Syriens als völkerrechtswidrig verurteilt haben, tut sich die Bundesregierung schwer damit. Rüstungsgeschäfte mit der Türkei dürfen aber nicht einfach so weiterlaufen. Sie müssen gestoppt werden. Weiter zu unserem [Antrag](#).

Genehmigungspflicht für die technische Unterstützung von Rüstungsproduktion - In einem gemeinsamen Antrag mit den Grünen fordern wir die Einführung einer Genehmigungspflicht für die technische Unterstützung von Rüstungsproduktion im Ausland. Rüstungsexporte in Krisenregionen müssen ausgeschlossen sein. Hier geht es zu dem [Antrag](#).

Stärkung des Personals in Krankenpflege und im Krankenhaus - Am Donnerstag wurde über zwei Anträge der Fraktion Die Linke debattiert, in denen wir uns für eine Stärkung des Personals in der [Altenpflege](#) und im [Krankenhaus](#) einsetzen. Das Pflegepersonal muss in allen Versorgungsbereichen gestärkt werden: ambulant und stationär, in den Krankenhäusern wie in den Altenpflegeeinrichtungen.

Anträge zur Krankenversicherung - Die Bundesregierung hat ein Gesetz zur Entlastung von gesetzlich Versicherten vorgelegt. Darin sind einige Maßnahmen, die in die richtige Richtung gehen, aber deutlich hinter den Möglichkeiten einer angemessenen Entlastung der Versicherten zurückbleiben. Dazu zählen Zuzahlungen und Selbstzahlerleistungen, die nach wie vor von den Versicherten allein ohne Beteiligung der Arbeitgeber zu zahlen sind.

DIE LINKE fordert eine drastische Absenkung der Mindestbeiträge und hat hierzu in dieser Woche zwei Anträge vorgelegt: [Einen](#) zur gerechteren Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung im Jahr 2019 und einen [weiteren](#) zur Entlastung von geringverdienenden Selbständigen und anderen freiwillig Versicherten.

Antrag „Zwangsverrentung abschaffen und Altersarmut bekämpfen - Anders als die Bundesregierung glauben machen will, ist die Zwangsverrentung nicht abgeschafft. Nach wie vor können ältere Langzeitarbeitslose gegen ihren Willen in Rente geschickt werden und müssen erhebliche Rentenkürzungen akzeptieren. Wir wollen diese Zwangsverrentung abschaffen und die Solidarische Mindestrente einführen: Alle in Deutschland lebenden Menschen ab 65 hätten damit Anspruch auf 1.050 Euro netto monatlich. Wer weniger und kein großes Vermögen hat, erhält einen Zuschuss. Weiter zu dem [Antrag](#) der Fraktion DIE LINKE.

Antrag „Rückkehrrecht in Vollzeit für alle Beschäftigten - Damit eine vorübergehende Arbeitszeitreduzierung nicht in die Teilzeitfalle mündet, ist ein Rückkehrrecht in Vollzeit notwendig. Dieses Recht muss für alle Beschäftigten gelten. Der Vorschlag der Bundesregierung schließt viel zu viele Beschäftigte aus. Knapp 40 Prozent der Beschäftigten arbeiten in Betrieben mit weniger als 45 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, in denen das Rückkehrrecht ebenso nicht gelten soll wie für 70 Prozent der Mütter, die in kleinen Betrieben arbeiten. Diesen Antrag findet Ihr [hier](#).

Antrag „Selbstbedienung durch Konzerne verhindern“ - Die Bundesregierung will den zum 1. September 2018 in staatliche Regie übernommenen Mauterheber Toll Collect – dies war rechtlich zwingend vorgeschrieben – zum 1. März 2019 wieder privatisieren. Ein privater Betrieb des Maut-Systems liegt jedoch nicht im öffentlichen Interesse, sondern bedient nur die Interessen der Konzerne. Die Mauterhebung soll nicht hohe

Renditen für Eigner abwerfen, sondern Mittel für die öffentliche Daseinsvorsorge vereinnahmen. Daher muss Toll Collect in öffentlicher Hand bleiben. Mehr dazu in unserem [Antrag](#).

Finanzkrise durch strikte Regulierung und Umverteilung verhindern! - Das globale Finanzsystem ist zehn Jahre nach Beginn der Finanzkrise weiter instabil und dysfunktional. Die seitdem erfolgte Finanzmarktregulierung ist völlig unzureichend. Gleichzeitig wächst der Anlagedruck auf den Finanzmärkten durch Umverteilung von Unten nach Oben und durch Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme weiter an. Diese Politik muss in die nächste Finanzmarktkrise führen. DIE LINKE hat aber eine kohärente Alternative anzubieten. Weiter zum [Antrag](#).

Pressemitteilung vom Mittwoch: Autokonzerne in die Pflicht nehmen! - Um weitere Fahrverbote zu vermeiden müssen die betrügerischen Autokonzerne in die Pflicht genommen werden. Wo betrogen wurde, braucht es Hardware-Nachrüstungen auf Kosten der Konzerne. Mehr dazu in meiner [Pressemitteilung](#).

Pressemitteilung vom Donnerstag: Autokonzerne müssen Kosten zu 100% tragen! - Es ist vollkommen inakzeptabel, dass die Dieselgate-Betrogenen für den Betrug auch noch die Zeche zahlen sollen. Als Konsequenz von Dieselgate brauchen wir Hardware-Nachrüstungen auf Kosten der Autokonzerne, kein Tauschaktionen bei denen die Käufer auch noch draufzahlen. Der Verkehrsminister sollte im Interesse der Bürger handeln. Das heißt: Arbeitsplätze sichern, die Autoindustrie fit für die Zukunft machen und die betrogenen Fahrzeugkäufer schützen. Scheuer agiert hingegen wie ein VW-Lobbyist.

Pressemitteilung vom Freitag: Vorfahrt für Beschäftigung bei ThyssenKrupp! - Das Kernproblem von ThyssenKrupp ist nicht mangelnde Wirtschaftlichkeit, sondern die Präsenz aggressiver Fonds, die den Hals nicht voll genug kriegen. Die Aufspaltung des Konzerns kann sinnvoll sein, wenn dadurch die Option Zerschlagung endgültig vom Tisch kommt und die bestehenden Arbeitsplätze langfristig gesichert werden können. Darauf muss der Fokus liegen, nicht auf den kurzfristigen Renditeinteressen von Hedgefonds. Hier geht zur [Pressemitteilung](#).

Mit solidarischen Grüßen



Euer Alexander